mehr entsinnen, obwohl er einiges zugeben mußte. Auch eine Anzahl der 26 Zeugen hatte das Erinnerungsvermögen verloren. Auf Grund des Beweisergebnisses verurteilte das Gericht den Landbriefträger wegen Beleidigung in einem Falle zu 150 M. Geldstrafe.

Die Behauptung sei nämlich nicht erwiesen, daß der Amtsvorsteher den Landrat mit Lügen bearbeitet habe. Im übrigen aber habe der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, weswegen ihm der Schutz des § 193 zugebilligt wurde. Der Mißbrauch der Amtsgewalt und ihre Ausnutzung zu persönlichem Vorteil hätte nicht bestritten werden können.

Schwer gestraft.

Eine unverhältnismäßig harte Strafe (1 Jahr 6 Monate 2 Wochen Gefängnis) verhängte das Magdeburger Kriegsgericht über den Musketier Gericke vom 26. Inf.-Reg. Der Mann hatte auf kurze Zeit seinen Posten verlassen — er hatte an den Schießständen Posten zu stehen — um, wie er angibt, ein Bedürfnis zu verrichten, und sei dann eingeschlafen. Bei der Revision durch den Rondeoffizier habe er sich nicht gemeldet. Dieser hatte dann den Musketier Stephan auf Posten gelassen mit dem Befehl, den Gericke zu arretieren und das Gewehr abzunehmen. Stephan war erst kurze Zeit allein, als G. erschien und in der vorgeschriebenen Weise festgenommen wurde. Gleich darauf versetzte Gericke dem neuen Posten einen Stoß ins Genick, entriß ihm das scharfgeladene Gewehr und entfloh. Als Stephan den Flüchtling verfolgte, gab dieser einen Schuß auf ihn ab, jedoch ohne ihn zu treffen und verschwand. Nach drei Tagen wurde der Angeklagte durch seinen Vater der Truppe wieder zugeführt. Jetzt erfolgte Anklage wegen Wachtvergehens, tätlichen Angriffs, Selbstbefreiung, mißbräuchlichen Gebrauches der Waffen, unerlaubter Entfernung von der Truppe usw., die Donnerstag zur Verhandlung kam. Mit ihm war Stephan angeklagt, weil er dem G. dadurch die Flucht erleichtert haben sollte, daß er ihm statt des Gesichts den Rücken zugekehrt hatte. Als Motiv seiner späteren Flucht gibt G. die Angst vor Strafe an. Wie festgestellt wurde, hat G. den Schuß nicht im Anschlage, sondern in Hüfthöhe des Gewehres abgegeben. Die Strafe wurde in der angegebenen Höhe über ihn verhängt, während 3½ Jahr Gefängnis beantragt waren. Stephan erhielt 43 Tage Gefängnis.

Die Weingesetzkommission hat in der nun beendeten ersten Lesung im wesentlichen die Regierungsvorlage angenommen. Verschärft wurden die Bestimmungen über die Einschränkung der zeitigen Zuckerung, über die Deklaration des Kunstweinverschnitts, über die Festlegung der Weinbaubezirke und des Verbots der Umgärung kranker Weine. Eine Milderung besteht darin, daß der zulässige Zusatz von Zuckerwasser von 20 auf 25 Proz. der Mischung erhöht wurde. Auch die Vorschriften über die Kognakbereitung hat die Kommission verschärft, indem sie bestimmte, daß Kognak und Kognakverschnitt mindestens 38 Proz. Alkohol enthalten müssen und der Kognakverschnitt mindestens 10 Proz. Alkohol, der aus Weindestillat stammt. Am Dienstag den 26. Januar beginnt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes.

Die Denkschrift über Deutsch-Südwestafrika ist dem Reichstage zugegangen.

Die Stichwahl im Wahlkreise Siegen zwischen dem Antisemiten Mumm und dem Nationalliberalen Vogel ist auf den 22. Januar festgesetzt worden. Die Freisinnigen haben bereits die Parole für den nationalliberalen Kandidaten ausgegeben. Ueber die Stellungnahme des Zentrums liegen sichere Nachrichten noch nicht vor.

„Fieberhafter Eifer". Das preußische statistische Amt soll in der letzten Zeit mit fieberhaftem Fleiße an den Vorarbeiten für die preußische Wahlrechtsreform tätig sein. Ein Teil dieser Arbeiten werde im Laufe dieses Monats an das Ministerium des Innern gelangen.

Der Steuerausschuß der bayrischen Kammer hat das Einkommensteuergesetz in erster Lesung mit allen gegen eine Stimme der Sozialdemokraten angenommen.

Militärjustiz. Vor dem Breslauer Kriegsgericht stand der Unteroffizier Schieweg vom dortigen Feldartillerie-Regiment der Soldatenmißhandlung angeklagt. Er hatte in der Reitstunde einen Rekruten, um ihn in richtige Haltung zu bringen, mit dem Stiel der Reitpeitsche geschlagen. Der Vertreter der Anklage beantragte neun Tage Mittelarrest. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens, da — nur fahrlässige Körperverletzung vorliege (!) und deshalb ein Strafantrag nicht gestellt sei.

Kleine politische Nachrichten. Die Agence Havas verbreitet aus Konakry (Französisch-Guinea) folgende Meldung: Das liberianische Zollkanonenboot Lark hat vor Gloucester einen deutschen, zur Woermannlinie gehörigen Dampfer beschossen. Das Stationsschiff in Kamerun ist nach Liberia abgegangen. Die Lark steht unter dem Kommando des Kapitäns Bugge von der britischen Flottenreserve, die übrigen Offiziere und das Maschinenpersonal sind ebenfalls britische Untertanen. Die Lark ist von der Regierung Liberias angekauft und im September 1908 ausgesandt worden, um den beständig vorkommenden Uebertretungen der Zollvorschriften Einhalt zu tun und zu verhindern, daß die liberianischen Häfen, die dem Welthandel nicht geöffnet sind, von Schiffen angelaufen werden. — Die Gerüchte über ein befürchtetes Komplott gegen den König von Portugal, über zahlreiche Verhaftungen und Verstärkung der Garnison Lissabon werden für völlig unbegründet erklärt. — In Rego kam es, nach einer Meldung aus Lissabon, infolge Unzufriedenheit der Winzer mit der Lage des Weinbaues zu Unruhen. Das einschreitende Militär wurde mit Gewehrschüssen empfangen. Die Soldaten erwiderten das Feuer und stellten die Ruhe wieder her. — Der Rjetsch schreibt: Die Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur von einer Niederlage der persischen Nationalisten ist eine absichtliche Erfindung. Die Situation der Insurgenten ist ausgezeichnet. Die Stadt Ispahan ist vom Schah abgefallen, andere werden sich anschließen. — Der englische und amerikanische Gesandte erhoben am Freitag in Peking bei dem Prinzen Tsching Vorstellungen wegen der Entlassung Juan-Schikais. Dieses Vorgehen erfolgte unabhängig von den anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps und ohne vorherige Rücksprache mit dem Waihupu.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der großserbische Hochverratsprozeß.

Agram, 15. Januar. Heute ist die Anklageschrift im großserbischen Hochverratsprozeß veröffentlicht worden. Der Staatsanwalt erhebt Anklage gegen 52 Personen, zumeist Lehrer, Geistliche und einige Gewerbetreibende, wegen Hochverrats, begangen durch eine auf Lostrennung Kroatiens, Slawoniens und Bosniens und auf Vereinigung dieser Gebiete mit Serbien gerichtete Tätigkeit. Die Propaganda sollte auch auf das Heer ausgedehnt und die Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee belehrt werden, im Kriegsfalle auf die Serben nicht zu schießen. Zur Propaganda seien Sokolvereine gegründet worden, die, mit Waffen versehen, die großserbische Miliz bilden sollten. Die Sokolvereine hätten in Verbindung gestanden mit einem Belgrader Verein, durch den auch Beziehungen mit dem Hofe in Belgrad hergestellt worden seien. Eine Anzahl Belgrader Offiziere sei unter falschem Namen nach Kroatien und Bosnien entsandt worden, um eine revolutionäre Organisation vorzubereiten. Die öffentliche Schlußverhandlung findet Anfang Februar statt.

Frankreich.

Die Marokko-Interpellationen.

Paris, 15. Januar. Deputiertenkammer. Der Sozialist Jaurès brachte unter Hinweis auf den Antrag, wonach es Deputierten und Senatoren nicht gestattet sein soll, Mitglieder von Verwaltungsräten finanzieller oder industrieller Gesellschaften zu sein, einen neuen Antrag ein, in dem die parlamentarischen Inkompatibilitäten (Unvereinbarkeit) aufgeführt werden. Jaurès verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit; nachdem das Haus diese mit 445 gegen 75 Stimmen beschlossen hatte, wurde der Antrag der Kommission überwiesen.

Das Haus begann dann die Beratung der Interpellationen über Marokko und die Nachtragskredite für die dortigen Operationen.

Jules Delafosse erklärte, der Triumph Mulay Hafids bedeute eine Niederlage für die französische Politik, die einen der Sultane hätte unterstützen müssen. Frankreich habe zu lange zwischen Abdul Asis und Mulay Hafid geschwankt. Frankreich müsse die Integrität Marokkos achten, aber es dürfe nicht zulassen, daß eine auswärtige Macht den Keim zu einer künftigen Kolonie unmittelbar neben Algerien lege. Eine völlige Räumung Marokkos wäre ein schwerer Fehler. Zum Schluß empfahl Delafosse eine klarere, festere und entschlossenere Politik.

Lucien Hubert erklärte, er wolle für die verlangten Kredite stimmen, müsse aber auf die Fehler der französischen Politik in Marokko hinweisen. Der Fehler Frankreichs sei gewesen, daß es Abdul Asis in eine schiefe Stellung brachte und Mulay Hafid ignorierte. Die Folge dieser Politik war, daß der französische Handel im Jahre 1907 in Marokko um eine Million zurückgegangen sei, während der englische Handel sich um 1½ Million, der deutsche sich um 8 Millionen gehoben habe. Hubert tadelte die Regierung, daß sie eine Zeitlang alle Hoffnung auf Abdul Asis gesetzt habe, der Frankreich feindlich gesinnt gewesen sei, und Mulay Hafid mit dem kleinen Prätendenten verwechselt habe und daß sie endlich Depeschen über angebliche Erfolge Abdul Asis' zu einer Zeit habe veröffentlichen lassen, in der sie bereits gewußt habe, daß sein Fall unabwendbar sei.

Nach Hubert nahm Jaurès das Wort. Er beglückwünschte die Regierung, daß sie trotz der Fehler Rußlands mit Erfolg an der Erhaltung des Friedens im Balkangebiet und an dem österreichisch-türkischen Abkommen mitgearbeitet habe. Für die französische Marokkopolitik empfahl Jaurès Klarheit und Entschiedenheit. Marokko, das unmittelbar bei Algerien liege, müsse frei organisiert werden. Nachdem Frankreich den neuen Sultan anerkannt habe, müsse es ihm seine Aufgabe erleichtern und ihn nicht bloßstellen. Man dürfe nicht eine sofortige Zahlung der Kriegskosten erwarten. Marokko müsse man vollständig räumen. Jaurès sagte dann, die Besetzung des östlichen Marokko dauere fort, wie der Bericht des Generals Lianthey zeige. Der Minister Pichon erklärte, dies verhalte sich nicht so. Jaurès bestand auf der Mitteilung des Berichtes Liantheys. Der Ministerpräsident Clemenceau erwiderte, die Regierung könne nicht alle Berichte ihrer Vertreter zur Kenntnis bringen. (Lärm bei der äußersten Linken.) Pichon fügte hinzu, es gäbe diplomatische Schriftstücke, die nicht veröffentlicht werden könnten. Trotz der gegenteiligen Behauptung Pichons erklärte Jaurès, der Bericht Liantheys enthalte einen Plan zur Besetzung des Ostens durch Ausbau des Bahnnetzes zur Erschließung des Gebietes bis zum Mulierflusse, sogar noch darüber hinaus, und fügte hinzu, der Gesandte Regnault habe in einem Berichte über diesen Plan geäußert, das Projekt Liantheys werde Mulay Hafid gegen Frankreich argwöhnisch machen. Pichon erklärte, diese Note Regnaults nicht zu kennen. Solange er die Verantwortlichkeit als Minister habe, werde der Bericht Liantheys nicht veröffentlicht und nicht einmal der Kommission mitgeteilt werden, der er jede sonstige gewünschte Auskunft geben werde. (Lebhafter Beifall auf der Linken und im Zentrum.)

Jaurès wandte sich hierauf zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage. Er sprach seine Genugtuung darüber aus, daß außer Frankreich auch Deutschland in der Orientfrage im Interesse des Friedens tätig gewesen sei. England habe die Orientfrage mit gemischten Empfindungen angesehen, besonders sei die Haltung eines Teiles der englischen Presse zu bedauern. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Rußland.

Ein Lump.

Das Zentralkomitee der Partei der revolutionären Sozialisten Rußlands hat sich in den letzten Tagen in Paris vereinigt, um über einen der Führer der Partei zu Gericht zu sitzen. Es handelt sich um Eugen Philippowitsch Azew, der die meisten Attentate in den letzten Jahren der Terroristen organisiert hat, namentlich die Attentate gegen den Minister Plehwe und den Großfürsten Sergius. Azew ist beschuldigt worden, daß er in Wirklichkeit im Dienst der politischen Polizei stand. Obwohl er sich selbst verteidigte, hat ihn das Zentralkomitee auf Grund der vorgebrachten Zeugenaussagen verurteilt. Er wohnte dem ersten Teil der Verhandlung bei, ist aber im weiteren Verlauf spurlos verschwunden.

Aus Paris wird dazu dem L.-A. berichtet: Ueber die Entlarvung des russischen Revolutionärs Azew verbreitet das Journal noch folgende Einzelheiten: „Die Duma wird sich bereits in den allernächsten Tagen mit der Angelegenheit Azews befassen, und es scheint, daß das an Skandalen nicht allzu arme Rußland vor Enthüllungen steht, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Die sozial-revolutionäre Partei hat vielfach zu terroristischen Mitteln ihre Zuflucht genommen, und Azew, der an der Spitze der Partei stand, spielte überall die führende Rolle. Vor einem Parteigericht ist jedoch jetzt Azew als Agent provocateur entlarvt worden. Er erhielt von der russischen Polizei ein Gehalt von über 30 000 M. jährlich und berichtete dafür über die Bewegung innerhalb der Partei an den Chef der russischen Geheimpolizei. Es gilt als erwiesen, daß alle terroristischen Attentate der letzten Jahre mit Ausnahme von zwei Attentaten, die von nicht der Organisation angehörenden Nihilisten verübt wurden, auf Azews Anstiften ausgeführt worden sind. Die Täter denunzierte er bereits im voraus der Polizei. Azew hatte von der Polizei die weitestgehenden Vollmachten und war autorisiert, so viel Attentate, wie er wollte, ausführen zu lassen; nur der Zar und seine Minister waren ausgenommen. Selbst der Tod des Großfürsten Sergius ist auf Azews Konto zu schreiben. Die sozialrevolutionäre Partei war bereits seit langem mißtrauisch geworden, aber erst in letzter Zeit erhielt sie die Beweise für Azews Verbindung mit der Polizei. Azew genießt den persönlichen Schutz einer der einflußreichsten, höchststehenden Persönlichkeiten Rußlands, dessen Name bei den Dumaverhandlungen genannt werden soll."

Amerika.

Gegen Roosevelt.

Washington, 15. Januar. Im Senat hat das demokratische Mitglied für Georgia Augustus Bacon eine Resolution eingebracht, nach der der Senat das Recht für sich in Anspruch nimmt, von den Regierungsdepartements die Vorlage von in ihrem Besitze befindlichen Schriftstücken, die zur Information über bestimmte Fragen dienen können, zu fordern. Die Resolution ist durch die Weigerung des Präsidenten Roosevelt veranlaßt, dem Generalstaatsanwalt Bonaparte die Erlaubnis zu geben, daß er dem Senat amtliches Material über die Vorgänge bei der Aufsaugung der Tennessee Coal and Iron Company durch den Stahltrust zu geben; diese Operation ist während der vorjährigen Finanzkrisis mit Zustimmung Roosevelts vor sich gegangen und von den Gegnern des Präsidenten zu schweren Vorwürfen, die ihn der Verletzung der Sherman-Act beschuldigen, benutzt worden. Bacon sagte in Begründung seines Antrages, Roosevelt, der das Recht des Senats bestreite, den Beamten der Regierungen Anweisungen zu geben, mache sich eine unerträgliche Autokratie an.

Neues aus aller Welt.

Nach der Erdbebenkatastrophe.

Messina, 15. Januar. Der Provinzialrat trat heute zum ersten Male nach dem Erdbebenunglück zusammen und nahm eine Tagesordnung an, in der der Regierung, dem Parlament, den Städten Italiens und der gesamten Welt, die einmütig zur Hilfeleistung beigetragen haben, der herzlichste Dank ausgesprochen wird. Ferner wird der Wunsch ausgesprochen, daß alle öffentlichen Bureaus in Messina baldigst wiederhergestellt werden möchten.

Messina, 15. Januar. Heute ist ein neunjähriger Knabe Namens Minisiale aus den Trümmern eines Hauses hervorgekommen. Zitternd berichtet er mit schwacher Stimme, seine beiden Schwestern im Alter von 20 und 21 Jahren befänden sich ebenfalls lebend unter den Trümmern. Sogleich wurde das Rettungswerk fortgesetzt, die beiden Mädchen wurden geborgen und an Bord des Dampfers Savoia gebracht. Sie erzählten, während 19 Tagen hätten sie von Zwiebeln, Wein, Olivenöl und Wasser gelebt. Ihre Mutter sei von den Trümmern erschlagen worden. Ihr Vater befände sich in Amerika. Eine große Menschenmenge umstand den Ort, wo diese außergewöhnliche Rettung erfolgt war.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 17. Januar 1909

Veränderliche Luftbewegung; wechselnde Bewölkung; Temperatur wenig verändert; leichte Schneefälle bleiben wahrscheinlich.

Letzte Telegramme.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 16. Januar. (Privattelegramm.) Der Reichstag setzte heute die Beratung über den Arbeitskammergesetzentwurf fort. Der Elsässer Höffel (zentrum.) trat für den Regierungsentwurf ein und erhoffte von ihm eine gute Wirkung auf das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern im Verlaufe der gemeinsamen Tätigkeit in Arbeitskammern. Nach ihm sprach der Führer der christlich-evangelischen Bergarbeiterorganisation, Behrens, gegen Arbeiterkammern, weil er befürchtet, daß in diesen Kammern die verschiedenen Arbeitergruppen untereinander stets uneinig sein würden. In den paritätischen Arbeitskammern würden alle Arbeiter eine geschlossene Macht gegen das Unternehmertum bilden. Der Pole Kulersky erklärte, seine Fraktion fordere Arbeiterkammern, und schließt sich im allgemeinen Legiens Ausführungen an. Seine Fraktion werde aber versuchen, der Regierungsvorlage eine gute Seite abzugewinnen und sie mit ihrem Standpunkte in Einklang zu bringen. Potthoff (freis. Vereinigg.) freut sich über die Regierungsvorlage und wendet sich gegen Arbeiterkammern. Die Arbeiter seien in ihren Gewerkschaften gut organisiert und jetzt schon so mächtig, daß sie keine Arbeiterkammern brauchten. Es würden ohnedies 90 Prozent der Arbeitervertreter in solchen Arbeiterkammern durch die Gewerkschaften gestellt werden. Redner erwartet von den paritätischen Arbeitskammern eine Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern. Er wünscht aber, daß den Arbeitskammern positive Aufgaben gestellt würden, vor allen Dingen Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen.

Die Verhandlung dauert fort.

Der empfindliche Militarismus.

Lübeck, 16. Januar. (Privattelegramm.) Von dem hiesigen Landgerichte wurde Genosse Stelling vom Lübecker Volksboten wegen eines Artikels „Schinderknechte", einer Kritik bestehender Heereseinrichtungen, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Revision ist eingelegt.

Vor Zuzug gewarnt.

Leipzig, 16. Januar. (Privattelegramm.) Die Firma Boswau und Knauer sucht durch die bürgerliche Presse Stukkateure, um in Hamburg ihren Bau des Atlantik-Hotels fertigstellen zu können.

Freisinnsinfamie.

Berlin, 16. Januar. (Privattelegramm.) Die Wahlprüfungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses verhandelte heute den Protest gegen die Wahl unserer Genossen Borgmann, Heymann, Hirsch und Hoffmann. Die Kommission beschloß, beim Berliner Magistrat anzufragen, ob tatsächlich bei der Bildung der Wählerabteilungen für die Zensiten über 3000 M. die Steuersätze von 1907, für die unter 3000 M. die Steuersätze von 1906 angerechnet worden seien. Sollte der Magistrat dies bestätigen, will man die Wahlen für ungültig erklären.

Zu bemerken ist, daß in ganz Berlin in derselben Weise gerechnet worden ist, so daß von Rechtswegen auch die Freisinnsmandate ungültig sein müßten. Das ist aus formalen Gründen nicht angängig, weil gegen sie kein Protest vorliegt. Das Ganze ist eine Freisinnsmache, an der besonders ein Berliner Stadtrat und preußische Abgeordnete beteiligt sein dürften.

*

Die Gemeindekommission des preußischen Abgeordnetenhauses beriet den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Beamten zu den Gemeindesteuern. Alle über die Regierungsvorlage hinausgehenden Anträge wurden abgelehnt, besonders auch die auf Aufhebung des Steuerprivilegs. Die Beratung der Aufhebung des Privilegs für Lehrer und Geistliche wurde ausgesetzt.

Der deutsch-schweizerische Mehlstreit.

Paris, 16. Januar. Eclair meldet aus Bern, daß der Boykott deutscher Produkte wegen des Mehlstreites gestern begonnen habe.

Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 16. Januar. Staatssekretär Root unterzeichnete gestern den Schiedsgerichtsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

Seebeben.

London, 16. Januar. Aus Neuyork wird gemeldet: Der Kapitän eines aus dem Süden eingetroffenen Küstendampfers berichtet, daß das Schiff ungefähr 100 Seemeilen von Kap Virginia entfernt im Bereiche des Golfstroms in eine große Fläche gelbgefärbten Wassers hineinfuhr, die nicht weniger als drei Seemeilen breit gewesen sein könne. Der Kapitän brachte einen Eimer voll von diesem Wasser mit, das von einem Gelehrten untersucht werden wird. Die Mannschaft erklärt, es habe einen Schwefelgeruch verbreitet; man glaubt daher, daß es von einem ungeheuren Seebeben herrührt.

Die Firma Gebrüder Alsberg hat ihre inneren Räumlichkeiten sehr geschmackvoll ausgestattet. Dem Sinne des Presseballes und gleichzeitig der bei der Firma Gebrüder Alsberg stattfindenden „Weißen Woche" entsprechend, sind die Lokalitäten nach dem Motiv „Wintersport im sächsischen Erzgebirge" dekoriert.

Große Mengen Weißwaren jeder Art setzen in Erstaunen und die gesamte Dekoration bildet das Entzücken eines jeden. Eisberge u. Eisgrotten sind der Natur wunderbar nachgeahmt; Skiläufer, Rodelfahrer usw. fehlen nicht, und eine Rodelbahn mit Schlitten und darauf sitzenden Figuren führt von der zweiten Etage bis zum Parterrelokal. Schön ist die Idee des Presseballes hier verwirklicht. Die Firma Gebrüder Alsberg hat damit etwas ganz Eigenartiges geschaffen.

Sicherlich verlohnt sich ein Besuch dieses renommierten Modewarenhauses.

Das heutige Blatt enthält 20 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090116/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG